



Stellungnahme des Gesamtelternbeirats der Tübinger Kinderbetreuungseinrichtungen zu TOP 8 der KuBiS-Sitzung am 12.01.2023: Strukturelle Öffnungszeitenreduzierung

Der Gesamtelternbeirat der Tübinger Kinderbetreuungseinrichtungen spricht sich gegen die von der Stadtverwaltung geplante strukturelle Öffnungszeitenreduzierung in ihrer jetzigen Form aus. Der GEB hält diese Pläne für unausgereift, sozial unausgewogen und einseitig die Familien belastend.

In den vergangenen drei Jahren gab es, zunächst aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, direkt anschließend aufgrund des Fachkräftemangels, in den städtischen Kinderhäusern Tübingens systematisch keinen verlässlichen Regelbetrieb. Eltern waren in dem Dilemma verfangen, sich zwischen Arbeit und Kinderbetreuung aufzureiben ohne Aussicht auf Planbarkeit oder Verlässlichkeit der Kinderbetreuung.

Aktuell ist in der Mehrzahl der städtischen Kinderhäuser eine systematische Kürzung der Öffnungszeiten aufgrund des Fachkräftemangels bereits Standard. Hinzu kommen spontane Schließungen durch kurzfristigen Personalausfall. Dies alles stellt die Eltern weiterhin vor enorme Belastungen, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Die von der Stadtverwaltung geplanten, strukturellen Öffnungszeitenreduzierung haben weitreichende Folgen welche einseitig auf die betroffenen Eltern und ihre Kinder abgewälzt werden. Durch die weitere Reduzierung der bereits jetzt systematisch verkürzten Öffnungszeiten müssen viele Eltern ihre Arbeitszeit ebenso verkürzen. Vor allem Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Alleinerziehende werden dadurch verstärkt von Armut bedroht. Bei vielen anderen Familien haben die Pläne der Stadt die Konsequenz, dass sie traditionelle Rollenbilder verschärfen, weil oftmals faktisch die Mütter gezwungen werden, ihre (Teilzeit-)Tätigkeit zu reduzieren, um die Kinderbetreuung sicherzustellen.

Wir als GEB befürchten, dass die Stadtverwaltung diese für uns zwangsläufigen Auswirkungen bei ihren Planungen unberücksichtigt gelassen hat und marginalisiert. Dies ist für uns nicht hinnehmbar.

Wir fordern einen solidarischen und sozial verträglichen Umgang mit dem Fachkräftemangel, den wir nicht leugnen. Die Lösung des Problems kann aber nicht darin liegen, vor dem Problem zu kapitulieren und sich mit dem Ist-Zustand abzufinden. Vielmehr müssen die Anstrengungen, den schon aktuell sichtbaren und sich in der Zukunft prognostisch verschärfenden Fachkräftemangel durch Gegenmaßnahmen auszugleichen, erheblich intensiviert werden. Solche Maßnahmen können nur in der verstärkten Gewinnung von neuen Fachkräften (offener Pool) und in der Entlastung der derzeitigen pädagogischen Fachkräfte liegen.

Der GEB hat zuletzt beim von der Stadtverwaltung veranstalteten Fachkräfteworkshop am 28.10.2022, zahlreiche Vorschläge gemacht, welche die Stadt Tübingen aufgreifen könnte, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die systematische Öffnungszeitenreduzierung gehört nicht dazu. Aus unserer Sicht sind die Anstrengungen, die die Stadt bislang ergriffen hat, um hier anzusetzen, längst nicht ausgeschöpft. Bevor dies nicht der Fall ist, halten wir eine weitere Reduzierung der Öffnungszeiten für eine nicht angebrachte Maßnahme und ein fatales Signal der Stadt an aktuell und zukünftig in Tübingen lebende junge Familien.

In der Vergangenheit hat der GEB u. a. folgende Maßnahmen und Initiativen vorgeschlagen:

- Die finanziellen Mittel die durch die Einsparungen der nicht besetzten Stellen im Kitabereich, sollen für den Kitabereich in jeglicher Form zur Verfügung gestellt werden. Das beinhaltet u.a. auch mehr Personal in der Verwaltung um mehr Fachkräfte zu werben.
- Einstellung „doppelter“ nichtpädagogischer Fachkräfte für jeweils eine erforderliche pädagogische Fachkraft
- Aktives Anschreiben der Tübinger Schulabsolvent*innen für ein FSJ in einer Tübinger Kita; aktive Werbung (auch über social media) für die Bewerbung auf einen Ausbildungsplatz in der Kinderbetreuung
- Gratifikationen (z. B. kostenlose Nutzung der kommunalen Einrichtungen, des TüBus) für Praktikanten, Auszubildende, FSJ-Kräfte etc.
- Bedarfsangepasster Einsatz des vorhandenen Fachpersonals in den Randzeiten, ggf. Gruppenezusammenlegung zur „Schonung“ des vorhandenen Personals; geteilte Betreuungsplätze („Platz-Sharing Modell“) in den Randzeiten
- Einsatz von Studierenden der Studiengänge Sozialpädagogik/Erziehungswissenschaften als Minijobber/studentische Praktikanten in den Kitas; hierzu eine dauerhafte Kooperation mit der Universität eingehen
- Überlegungen anstellen bezüglich eines Modells zur Einbindung z. B. von Geflüchteten mit Ausbildung im sozialpädagogischen Bereich, die die Ausbildung machen wollen, aber aktuell die Voraussetzungen noch nicht erfüllen (z. B. Nachweis Berufsqualifikation, Sprachkenntnisse), z. B. durch Streckung der Ausbildung zur Kinderpflegerin um ein Jahr mit der Möglichkeit, den externen Hauptschulabschluss zu machen und parallel einen Sprachkurs zu absolvieren – mit Praxiseinsätzen in den Kitas
- Einrichtung eines Programms, um den Quereinstieg, z. B. für Alltagsbegleiter*innen zu ermöglichen; hierzu mit der Uni oder den PHs, IB, IHK etc. einen Kurs/Workshop etablieren, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen; hierfür aktiv Werbung machen
- Private Betreuung in den Randzeiten durch Eltern, die sich zusammenschließen, in den Räumlichkeiten der Kitas ermöglichen und hierfür die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen
- Gezielte Ansprache von Rentner*innen die sich täglich/wöchentlich für z.B. Leseprojekte bereit erklären würden.

- Kooperation mit Unternehmen, die ihre Mitarbeitenden freistellen um Projekte in Kindertageseinrichtungen zu entwickeln und umzusetzen.
- Bereitstellung von Dienstlaptops, -handys und digitalen Produkten für das pädagogische Fachpersonal um den Arbeitsablauf effizienter zu gestalten.
- Im Gesamten müssen aufwendige und z.T. unnötig bürokratische Hürden deutlich reduziert werden.
- Tag des pädagogischen Fachpersonals. Die Mitarbeitenden in den Kitas brauchen mehr soziale Anerkennung, daher fordern wir die Stadt dazu auf dies in einem jährlich wiederkehrenden offiziellen Feiertag auszudrücken.

In der Vergangenheit hat die Stadtverwaltung verschiedene Vorschläge des GEB im Hinblick auf angebliche rechtliche Hürden zurückgewiesen oder jedenfalls nicht weiterverfolgt. Wir fordern angesichts der schon jetzt prekären und sich weiter verschlechternden Betreuungssituation für viele Eltern, dass die Stadtverwaltung kreative Vorschläge ohne Denkverbote auf- und ernst nimmt.

Konkret fordern wir, dass die Stadt allen Kindern mit Anspruch auf einen Betreuungsplatz einen solchen auch anbietet – unabhängig von vorgeblichen Kapazitätsproblemen. Etwaig muss die Stadt hierfür den Betreuungsschlüssel anpassen. Hierfür steht ihr das rechtliche Instrumentarium zur Verfügung. Dies kann unseres Erachtens aber nur eine kurzfristige Linderung der akuten Probleme, aber keine Problemlösung sein, denn auch wir wollen nicht, dass die Kitas zu reinen Verwahreinrichtungen für unsere Kinder werden. Vielmehr braucht es motiviertes pädagogisches Fachpersonal in ausreichender Zahl, um dem Bildungsauftrag an unseren Kindern gerecht zu werden. Um dieses zu gewinnen, muss die Stadt ihre Anstrengungen vervielfachen! Der Gesamtelternbeirat steht der Stadt hierzu – wie in der Vergangenheit auch – selbstredend konstruktiv zur Seite.

Gezeichnet

Der Vorstand des Gesamtelternbeirats der Tübinger Kinderbetreuungseinrichtungen